Nach Redactionsschluß.

In gemeinschaftlicher Stadtverordnetensitzung wurde [illegible] 1 Pfg. [illegible] 1 Mk. Mietzins erhoben werden.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Abbildungen
der Dresdner Gemälde-Galerie, reproducirt nach Zeichnungen und Stichen in Cabinet-Format Stück 15 Pf., 12 Stück incl. eleganter Mappe 1 M 75 Pf.
Cabinetbilder,
Ansichten von Dresden und sächs. Schweiz, 12 Stück incl. Mappe 2 M.
J. Bargou Söhne,
Dresden,
Wilsdrufferstrasse 21 b. u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
Math. Klemich, Seestraße 2, II.,
für **Herren** und **Damen**,
Dominos in den brillantesten Abendfarben. Aufträge nach auswärts prompt, Preiscourant gratis.

Beste u. billigste Bezugsquelle für
Wild u. Geflügel
Unger's Wild- u. Geflügel-Handlung
13 grosse Schiessgasse 13.

Häuserverwaltung, An- u. Verkauf von Grundbesitz.
Carl Reichelt & Co.,
Dresden, Struvestrasse Nr. 6b.
Hypothekenbeschaffung, Wechsel-Incasso.
Schriftliche Arbeiten aller Art.
Pn. Referenzen!

Erste u. grösste Masken- u. Theatergarderobe,
Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen
Max Jacobi, 2 Galeriestr. 2, part. und erste Etage.
Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Nr. 30. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 30 Jan.: Auffrischender Südwestwind, meist rüde mit Niederschlägen und wenig veränderter Temperatur. | Dresden, 1885. **Freitag, 30. Jan.**

Für die Monate Februar und März

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13,** zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Von ärgster Feindschaft gegen das deutsche Reich eingegeben waren die beiden Anträge, mit denen sich am letzten Schwerintage der Reichstag zu beschäftigen hatte. Bei dem einen handelte es sich um Nord-Schleswig, bei dem anderen um Elsaß-Lothringen, wie es sich neulich schon um die polnischen Provinzen Preußens gehandelt hatte. Abg. Windthorst ergänzte diese Liste fremdsprachiger deutscher Reichsangehöriger durch die wallonische Bevölkerung in der Rheinprovinz; es fehlte blos noch, daß Jemand die Littauer in Preußen oder die Wenden in der sächsischen Lausitz und im Spreewalde ausgespielt hätte, dann hätte sich der Reichstag mit dem dänisch-französisch-polnisch-wallonisch-littauisch-wendischen Sprachen-Ragout gründlich den Magen verderben können. Es klingt recht gut, daß die Behörden und Gerichte überall da, wo eine nicht-deutsche Sprache die „Volkssprache" ist, ihre Erlasse und Verhandlungen in dieser letzteren vorzunehmen haben. Das scheint harmlos und ganz gerecht. Aber in der Wirklichkeit wird jetzt bereits auf die Rechte nicht deutsch sprechender Angehöriger alle erdenkbare Rücksicht genommen, sodann würde die Anwendung einer nicht deutschen Sprache vor den Behörden einen nicht zu rechtfertigenden Zwang gegen die Parteien deutscher Nationalität bedeuten, sich eines fremden Idioms zu bedienen — vor Allem aber sind derartige Anträge offenkundig von den Feinden der deutschen Reichseinheit gestellt. Der Däne Junggreen möchte z. B. die nordschleswigsche Frage aufrollen und die Gemüther im äußersten Norden Deutschlands aufs Neue aufregen. Mit diesem Antrage wird der Reichstag nicht viel Umstände machen. Schade, daß er einen zweiten Verhandlungstag an den Antrag des Französlings Kablé verschwendete, gewisse in Elsaß-Lothringen noch geltende Ausnahme-Bestimmungen aufzuheben. Der kaiserliche Statthalter in den neuen Reichslanden kann eben zur Zeit den sogenannten Diktatur-Paragraphen noch nicht entbehren, der ihn ermächtigt, aufreizende Blätter zu unterdrücken. Herr Kablé füllte den Reichstagssaal mit theils herzbeweglichen, theils emphatischen Klagen über die Folgen dieses Ausnahmezustandes. Zwar erhielt er für Ausdrücke, wie: „der in Elsaß-Lothringen herrschende Belagerungszustand sei der die Gesetze und die Religion ehrenden Bevölkerung gegenüber eine himmelschreiende Ungerechtigkeit", den Ordnungsruf des Präsidenten; aber das wird diesen französischen Agitator nicht stören. Herr Kablé kann es nicht vergessen, daß er 1871 Mitglied der französischen Nationalversammlung in Bordeaux war, daß der Statthalter v. Manteuffel seine deutschfeindliche Zeitung unterdrückte und durch Verbot der von ihm geleiteten französischen Versicherungsgesellschaft seinen französischen Hetzereien einen Riegel vorschob. Letztere Maßregel ist vom Reichsgericht Leipzig als durchaus rechtlich begründet erklärt worden; zwar hat das Verbot nicht weniger als 500,000 bisher von französischen Gesellschaften abgeschlossene Versicherungen aller Art hinfällig gemacht, aber es war nur ein Gebot der Selbsterhaltung — denn die Feuer-, Hagel- und andere Versicherungsagenten waren als eben so viele politische Agenten Frankreichs wühlerisch in Elsaß-Lothringen thätig. An ihre Stelle sind deutsche Gesellschaften getreten. Daß in den Reichslanden trotz aller Maßregelung landesverrätherischer Zeitungen ein freies Wort möglich, erkennen selbst Franzosen an. Wenn das Unglück 1870/71 das linke Rheinufer französisch gemacht hätte, mit welch' eisernem Drucke würde die Faust der Franzosen auf dem Lande lasten! Ein deutscher Reichstagsabgeordneter, v. Dollfuß, hat es fertig gebracht „von verfluchten Annexionen" zu sprechen! Ein anderer, der Thierarzt Antoine in Metz, das Haupt der Franzosenpartei in den Reichslanden, erdreistet sich, in einem Briefe an den Statthalter von der „Revanche" zu reden. Die Aufhetzung der Reichslande durch französische und heimische Agitatoren ist unaufhörlich, sie wird täglich heftiger; seitdem das politische Bündniß zwischen Frankreich und Deutschland zu Stande gekommen, verdoppeln jene Agitatoren ihren Eifer, da sie die Hoffnungslosigkeit ihres Beginnens erkennen —, sie möchten die Wunde offen halten. Dadurch bewirken sie, daß die Bevölkerung nicht zur Ruhe gelangt, sich nicht eins mit Deutschland fühlt und die Zusammengehörigkeit mit dem Reichskörper verschmäht. Und das sollen wir dulden? Diesem System der Feindschaft gegenüber kann Deutschland nicht auf scharfe Abwehrmaßregeln verzichten. Jeder gute Deutsche wird da dem kaiserlichen Statthalter beipflichten, wenn er die Zügel straff anzieht.

Für die Stimmung, welche die Nation der Frage der Getreidezoll-Erhöhung entgegenbringt, ist es ungemein bezeichnend, daß der soeben in Berlin versammelt gewesene deutsche Handelstag nicht gewagt hat, hiergegen Front zu machen. Die beiden zur Berichterstattung über die Getreidezölle bestimmten Referenten ließen sich entschuldigen; der Präsident setzte den Gegenstand ganz von der Tagesordnung ab und mußte von einem Nürnberger Freihändler den Vorwurf der Feigheit anhören. Den süddeutschen Getreidejuden ist es freilich nicht zu verargen, wenn sie ihren Zorn nicht bemeistern können, daß das mächtige Organ des deutschen Handelstages seine Hebelkraft gegen die Getreidezölle versagt. Der Handelstag hat sich ferner, wie zu erwarten, für die Kolonialpolitik ausgesprochen und es ist auch nicht auffällig, daß er sich gegen die prozentuale Börsensteuer erklärte. Er kam damit allerdings zu spät. Fast gleichzeitig hatte sich der betr. Ausschuß des Reichstages für eine prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte entschieden. Damit ist der Boden gewonnen, daß ein ergiebiges Börsensteuergesetz zu Stande kommt. Es gereicht zu patriotischer Genugthuung, daß die Dresdner Handels- und Gewerbekammer ihren Vertreter dahin beauftragt hatte, für die prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte einzutreten. Dieser Vorgang bezeugt, daß sich die Dresdner Handelskammer bei der Berathung der die Handelswelt interessirenden Fragen vom Gerechtigkeitsgefühl und einer vorurtheilsfreien, erleuchteten Gesinnung leiten läßt.

Zu den Anträgen über die Arbeiterschutzgesetzgebung, welche seitens der beiden konservativen Fraktionen theils schon vorgelegt, theils angekündigt wurden, ist jetzt auch derjenige Antrag getreten, den das Centrum hierfür in Aussicht gestellt hatte. Vater dieses umfassenden Arbeiterschutzgesetzes ist der rühmlichst bekannte katholische Kaplan und Sozialreformer Franz Hitze, Generalsekretär des Verbands katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde: „Arbeiterwohl". Dieser würdige Geistliche hat sich in den Rheinlanden einen gefeierten, hochverehrten Namen durch seine arbeiterfreundlichen Bestrebungen und Schriften gemacht; auf seine direkte Veranlassung hin sind in München-Gladbach in einer Reihe industrieller Etablissements Einrichtungen und Veranstaltungen ins Leben gerufen worden, die sich trefflich bewähren, den Arbeitern einen verständig abgemessenen Antheil an der Geschäftsleitung und dem Ertrage des Unternehmens sichern, eine sehr hohe Blüthe dieser Etablissements und zugleich eine Hebung der betheiligten Arbeiter in geistiger, sittlicher und materieller Richtung herbeigeführt haben, daß Leide — Fabriken wie Arbeiter — als Elite und Muster weithin leuchten. Die praktischen Erfahrungen, die dieser Menschenfreund hierbei gesammelt, ließen ihn als den Geeignetsten erscheinen, um ein Schutzgesetz auszuarbeiten, das sich auf die Regelung der Sonntagsarbeit, den Maximalarbeitstag und die Kinder- und Frauenarbeit in den Fabriken erstreckt. Hingegen halten merkwürdigerweise die Sozialdemokraten mit ihrem monatelang angekündigten Arbeiterschutzgesetze zurück. Man erfährt nur einzelne Bruchstücke. Zum größten Theil decken sich diese mit den entsprechenden Anträgen der Konservativen und des Centrums, nur einzelne sind originieller Natur. So heißt es, fordern die Sozialdemokraten, die Errichtung eines besonderen Arbeiterministeriums und eines Arbeiterparlaments, das als Vertretung der gesammten Arbeiterschaft Deutschlands berechtigt sein soll, Beschlüsse zu fassen. Wie ein solches neben dem Volk-Parlamente Deutschlands soll Platz finden können, ob Sonderparlamente der Handwerker, Kaufleute, Landwirthe, Beamten und anderer ebenso berechtigter Erwerbszweige zugelassen werden sollen, ist einstweilen Geheimniß der Sozialdemokraten. Etwas durchsichtiger ist die Forderung eines besonderen Arbeiterministeriums. Soll für den Chef der deutschen Sozialdemokratie ein eigener Ministersessel gebaut und für den sozialdemokratischen Generalstab so und so viel Geheimrathsstellen geschaffen werden?

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 29. Jan.

Berlin. Reichstag. Die Berathung des Antrags der elsaß-lothringischen Abgeordneten auf Aufhebung der Diktaturparagraphen in der reichsländischen Verfassung wird fortgesetzt. Abg. v. Hammerstein (kons.) spricht gegen den Antrag. Wenn demselben entsprochen werde, habe Niemand Vortheil davon, als die französische Revanche. Wenn es heute dem deutschen Reiche gelungen ist, mit der Regierung der französischen Republik ein freundschaftliches Verhältniß anzubahnen, so ist das darauf zurückzuführen, daß die französische Regierung eingesehen, daß sie auf anderem Wege bessere Erfolge erzielen kann, als auf dem der Revanchepolitik. Werden durch Aufhebung der Diktaturparagraphen die Revanche-Leidenschaften entfesselt, so werde schließlich der Leiter der französischen Politik von dem jetzigen Wege abgedrängt werden. Die Aufrechterhaltung der Paragraphen liege im Interesse des europäischen Friedens. (Beifall). Abg. Guerber (Els.) vertheidigt den Antrag. Er erklärt unter Heiterkeit, er habe sich nach der gestrigen Rede des Unterstaatssekretärs v. Puttkamer zu Hause vor dem Spiegel betrachtet, um zu sehen, wie denn eigentlich, ein Catilina aussehe. Die v. Puttkamer behauptete Agitation sei nicht vorhanden. Der Wjährige Dollfuß, der früher für die Friedensliga geschwärmt, sei als Gefahr für die öffentliche Ordnung bezeichnet worden. Die Probestation sei von der Mehrzahl der Elsaß-Lothringer längst aufgegeben, trotzdem würden sie durch die Diktatur schwer betroffen. Daß das Strafverfahren wegen Hochvermths gegen Antoine eingestellt worden sei, beweise, daß dieser unschuldig wie ein Kind sei. Lenzmann (Demokrat) befürwortet den Antrag. Das jetzige Verhältniß stehe im Widerspruch mit den Begriffen von einem Rechtsstaat. Er wolle nicht, daß Frankreich die Elsaß-Lothringer stets als die mißhandelten Söhne des Vaterlandes darstelle. Man gewinne ein Volk nur durch freundliche Behandlung, nicht durch Knutenhiebe. Die Diktatur hindere die französischen Agitationen nicht. Bötticher (nationalliberal) bekämpft den Antrag. Der Diktaturparagraph sei nothwendig, so lange es noch eine Protestpartei und eine Revanchepartei in Elsaß-Lothringen gebe. Die Annexion sei nöthig gewesen im Interesse der Sicherheit des Reiches. Zorn v. Bulach erklärt, die konstitutionelle Entwickelung des Landes mache die Beseitigung der Diktatur nöthig. Die bestehende Unzufriedenheit sei auf den Rückgang des Wohlstandes Elsaß-Lothringens zurückzuführen. Die Sympathie für Deutschland sei im Abnehmen. Schenk v. Stauffenberg: Nicht das Sicherheitsbedürfniß, sondern die Eigenschaft des Elsaß als deutsches Land war der Annexionsgrund. Es gehe nicht an, diesen Paragraph allein zu streichen, es müsse eine Revision der ganzen Verfassung erfolgen. Wenn ein solcher Antrag vom Elsaß-Lothringischen Landesausschusse ausgehe, werde der Reichstag nicht Nein sagen wollen. Windthorst: Elsaß-Lothringen dürfe nicht mundtodt gemacht werden. Die Regierung müsse begreifen, daß sie nur durch Gerechtigkeit herrschen könne, und die Elsaß-Lothringer müßten mit der Thatsache rechnen, daß sie zum deutschen Reich gehören. Schließlich wird der Antrag mit Rücksicht auf die Stauffenberg'sche Erklärung zurückgezogen. Morgen wird die Interpellation über die Gothaer Grundkreditbank gestellt werden und über die Ausdehnung der Unfallversicherung berathen.

London. Die Königin ernannte den Oberst Stewart zum Generalmajor und ließ dessen Truppen durch den General Wolseley ihre Befriedigung und ihren Dank aussprechen.

London. Die „St. James Gazette" berichtet: Nach Angaben eines Agenten des Fenier-Häuptlings Rossa aus Boulogne waren die jüngsten Londoner Explosionen nur Vorläufer viel schrecklicherer Attentate. Künftig sollen nicht mehr isolirte Attentate vorkommen. Die Dynamitards verfügen jetzt über sehr reichliche Fonds und erhielten überdies von einem der eifrigsten Fenier in Philadelphia ein Legat von 200,000 Dollars. Ihr Hauptquartier in Europa sei bald in Antwerpen, Havre, Boulogne, vorwiegend aber in Paris. Das am Sonnabend in London verwendete Dynamit sei durch weibliche Agenten in kleinsten Quantitäten aus Frankreich nach London gebracht und dort zusammengefügt worden. Gegenwärtig besitzen die Dynamitards genug Dynamit, um halb London in Asche zu legen.

Die **Berliner Börse** zeigte eine ziemlich matte Tendenz. Angebot überwog und Kourse wichen. Den Anlaß gaben die schlechten Wiener Notirungen, welche durch Gerüchte von einer geplanten Einführung einer Börsensteuer in Oesterreich begründet wurden. Hier dauert die Verstimmung, welche durch den gestrigen Beschluß der Börsensteuer-Kommission des Reichstages veranlaßt wurde, fort. Auch die Interpellation Hammerstein's über die Gothaer Grundkreditbank wirkte verstimmend. Der Schluß brachte eine kleine Beseitigung infolge der Herabsetzung des Londoner Bankdiskonts von 5 auf 4 Proz. Spekulative Banken hielten sich auf niedrigem Niveau. Eisenbahnen waren vernachlässigt und vorwiegend schwächer, ebenso Bergwerke, Renten meist behauptet, nur Serben 1/2 Proz. niedriger. Im Kassaverkehr überwogen Abschwächungen, Industrien waren wenig beachtet, österreichische Prioritäten etwas matter. Deutsche Fonds fest, Gothaer Grundkredit-Pfandbriefe schwächer.

Frankfurt a. M., 29. Januar. Kredit 257 1/4. Staatsbahn 251. Lombarden —. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier —. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 80,80. 77er Russen —. 80er Russen —. 3. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 20/00. Egypter 67,60. Gentr.-P. —. Serben —. Fest.

Wien, 29. Januar. Kredit 303,00. Staatsbahn 303,50. Lombarden 145,20. Rente pr. 173,50. Marknoten 60,17. Ung. Kredit 317,75. Elbethal —. Fest.

Paris, 29. Januar. Schluß. Rente 79,87. Anleihe 109,95. Italiener 97,60. Staatsbahn 671,75. Lombarden 312,50. do. Prioritäten —. Egypter 337,00. Türk. Goldrente —. Spanier 60,61. Ottomanen 557,00. Tabak-Aktien —. Fest.

London, 29. Januar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99 1/16. 1877er Russen 96 1/16. Italiener 96. Lombarden 12 1/16. Türken 7 15/16. 4% fund. Amerik. 124 1/16. 4% Ungar. Goldrente 79 1/16. Oesterr. Goldrente 87. Preußische Consols 104 1/16. Egypter 66 1/16. Ottomanbank 13 1/16. Suez-Aktien 73 1/16. — Stimmung: Fest. — Wetter: Mild.

Stettin, 29. Januar, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 152—162, pr. April-Mai 166,00, pr. Mai-Juni 165,00. Roggen unverändert, loco 133—138, pr. April-Mai 143,50, pr. Mai-Juni —. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Januar 50,30, pr. April-Mai 51,50. Spiritus fest, loco 42,10, pr. April-Mai 43,90, Juni-Juli 45,10. Petroleum loco 8,10.

Breslau, 29. Januar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. April-Mai 43,50, pr. Juni-Juli 44,50, pr. Juli-August 45,50. Weizen pr. Januar 162,00. Roggen pr. April-Mai 140,00, pr. Mai-Juni 143,00, pr. Juni-Juli 144,00. Rüböl pr. Januar 52,50, pr. April-Mai 52,00, pr. Mai-Juni 52,50. Fest ruhig. — Thaurwetter.

Lokales und Sächsisches.

— Die gestern abgehaltene, sog. „**Bergkellerjagd**", an der Se. Maj. König Albert und Se. Kgl. Hoh. Prinz Georg mit 14 Kavalieren, unter denen wir die Herren Generäle v. Carlowitz und v. Budorff, Excell., Oberst v. Minckwitz, Rittmeister v. Carlowitz-Hartitzsch bemerkten, wurde von Herrn Oberforstmeister Nüsslein geleitet. Die Jagd, die 9 Uhr ihren Anfang vom Bergkeller aus nahm, zerfiel in 7 Treiben, Räcknitz, Strehlen, und die neuen Großen Garten-Anlagen inbegriffen. Die Witterung war in Folge des plötzlich eingetretenen Thauwetters keine besonders günstige, der Boden sehr aufgeweicht, wofür die „Unterthanen" der hohen und höchsten Herrschaften und die zahlreich erlegten „Lampen" beredtes Zeugniß ablegten. Gegen 1/2 12 Uhr ward das Frühstück in der Kgl. Villa zu Strehlen eingenommen und 1/2 1 Uhr begann der Sport in den sehr gut gepflegten Revieren von Neuem. Vierzig stramme Grenadiere waren zu Treibern auserkoren worden. Se. Maj. der König und Se. Kgl. Hoh. Prinz Georg, die allein von Jagdhunden begleitet waren, schossen mit den stets eigenhändig geladenen Jagdgewehren in gewohnter sicherer Weise, keinen der bald munter, bald ängstlich springenden Langohre verfehlend. Die Schaar der Schaulustigen, die oft den Herren Schützen recht störend in den Weg tritt, war gestern eine geringe und die biederen Bewohner von Strehlen hatten zum großen Theile keine Ahnung, daß der kleine Zug, der zu Fuß durch ihr Dorf wanderte, so hohe Gäste enthielt. Das Gesammtergebniß der Jagd, das in die bekannte Wildprethandlung von C. Müller, Johannesstraße 17 wanderte, bestand aus: 375 Hasen, von denen Se. Maj. der König Albert 72 und Se. Kgl. Hoh. Prinz Georg 67 Stück erlegte. Die Jagd war um 5 Uhr zu Ende.

— Vorgestern Nachmittag beehrte Ihre Maj. die **Königin** in Leipzig noch das Geschäftshaus der Firma Gebrüder Felix (Roßplatz), das Asyl für Obdachlose, bei Vecchio's Kunstausstellung und in den Abendstunden die höhere Fach- und weibliche Gewerbeschule der Frau Auguste Busch an der Harkortstraße mit Besuchen. Sodann nahm Ihre Majestät den Thee bei der Frau Generalleutnant v. Montbé, Excellenz ein, fuhr von da direct nach dem Dresdner Bahnhofe und reiste 10 Uhr 10 Min. mit dem fahrplanmäßigen Courierzuge wieder nach Dresden.

— Die nächste Woche wird am **Kgl. Hofe** sehr still verlaufen: es ist die Sterbewoche der Prinzessin Georg. Auf dem kunstvollen Sarkophag, der vom Sterbetage an die sterbliche Hülle der theuren Verklärten umschließen wird, soll auch die silberne Krone Platz finden, welche die Königin Viktoria von England ursprünglich für die im vorigen Jahre zu feiernde silberne Hochzeit bestimmt hatte und die hier eingetroffen war. Wegen der Sterbewoche ist der zweite Subskriptionsball vom Sonnabend auf den nächsten Montag verlegt worden. Es ist das erste Mal, daß ein Subskriptionsball nicht an einem Sonnabende abgehalten wird.

— Dem „Pirn. Anz." entnehmen wir folgende Mittheilung: Im laufenden Jahre werden es 50 Jahre, daß mehreren erlauchten Mitgliedern unseres Königshauses am Fuße der **Festung Königstein** große Gefahr für Gesundheit und Leben drohte. Der aufregende Vorfall war folgender: König Friedrich August hatte am 23. September 1835 in Begleitung eines hohen auswärtigen Gastes die Festung Königstein besucht. Bei der Rückkehr bestiegen die hohen Herrschaften die oben bei den ersten Wachtposten am Holzhofsplateau harrenden Wagen. Der König fuhr in dem ersten, im zweiten der Prinz (und nachmalige König) Johann mit dem damals 7jährigen Prinzen Albert (unserem jetzigen König) und dessen Erzieher Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Langenn. Den noch ganz neuen Wagen des damaligen Prinzen Johann fuhr der Postillon Johann Strobbach aus Pirna mit ein paar jungen feurigen Pferden. Bekanntlich geht es nun von dem bezeichneten Einsteigeplatz sehr jäh den Berg herab und auch der leichteste Wagen übt selbst bei der schärfsten Einhemmung immerhin einen starken Druck auf Wiederhalte und Gespann aus. Kaum ist nun der Wagen des Prinzen Johann eine Strecke den Abhang herunter, so bricht

Vernickelungs-Anstalt
Schladitz & Bernhardt, 10 Wettinerstrasse 10.